

Beschluss

Bundesregierung muss nationaler Verantwortung für Flüchtlinge endlich gerecht werden - Länder und Kommunen müssen finanziell entlastet werden!

Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Angesichts weiter schwelender Konflikte und dem Fortdauern von Kriegen wie dem in Syrien, wird sich diese Entwicklung weiter verschärfen. Die Prognose der Asylantragszahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) könnte schon bald auf Druck der Länder von 300.000 auf über 500.000 korrigiert werden.

Angesichts dieser Entwicklungen muss die Bundesregierung ihrer Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen stärker gerecht werden und strukturelle finanzielle Entlastungen für Länder und Kommunen schaffen. Unsere humanitäre Verpflichtung gegenüber den Menschen, die zu uns kommen, wird nicht kurzfristig beendet sein, viele Menschen werden nie wieder in ihre ehemalige Heimat zurückkehren können.

Wir GRÜNE wollen an der Gemeinschaftsaufgabe Flüchtlingspolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen festhalten. Wir wissen: ohne das Engagement und die Kenntnisse vor Ort gibt es keine inklusive und humane Flüchtlingspolitik. Eine dezentrale Unterbringung und der Zugang zu Bildung und Sprachkursen sind zudem elementar für die erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen.

Die vom Bund zugesagten Finanzmittel in Höhe von 500 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016 reichen aber bei weitem nicht aus, um die Situation in den Ländern und Kommunen nachhaltig zu verbessern. Diese Hilfen müssen dringend verstetigt werden. Dies kann nur durch strukturelle Verbesserungen geschehen.

Bei der Einführung der Gesundheitskarte steht Bundesgesundheitsminister Gröhe in der Pflicht, endlich den zugesagten gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der es interessierten Flächenländern erlaubt, die Gesundheitskarte einzuführen und somit dringend gebotene Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen zu gewährleisten. Unser Ziel bleibt weiter die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und die Integration von Schutzsuchenden in die gesundheitliche Regelversorgung.

Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel dürfen es nicht bei nebulösen Ankündigungen zur Kostenübernahme und der Verbesserungen bei der Gesundheitsversorgung belassen. Die Bundesregierung muss den Ankündigungen zur finanziellen Entlastung endlich Taten folgen lassen.

Wir GRÜNE fordern deshalb:

- stärkere Übernahme der Unterbringungskosten durch den Bund. In einem ersten Schritt durch die Übernahme der Kosten für die Erstaufnahme.
- Personalaufstockung beim BAMF um angesichts steigender Asylantragszahlen zügige, menschenwürdige und rechtsstaatliche Asylverfahren zu gewährleisten.
- Asylsuchenden den Zugang zu Sprach- und Integrationsförderangeboten zu ermöglichen und mit den Ländern entsprechende Modelle zu erarbeiten bzw. weiterzuentwickeln.
- Therapieangebote für schwer traumatisierte Flüchtlinge sicherstellen.
- Zugang für Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Schaffung eines gesetzlichen Rahmens zur Einführung der Gesundheitskarte